

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Amerika
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Oliver Matz

Grenzprobleme und steigende Rüstungsausgaben

Eine Analyse der gegenwärtigen venezolanisch-
kolumbianischen Beziehungen

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

Inhalt

1. Grenzfragen.....	3
2. Hugo Chávez und Álvaro Uribe.....	6
3. Waffengeschäfte	8
4. Venezuela, Kolumbien und die USA	9
5. Fazit	10

Die bilateralen Beziehungen zwischen Kolumbien und Venezuela sind in den letzten Monaten primär durch Spannungen zwischen den Regierungen in Bogotá und Caracas charakterisiert. Die von der Regierung des kolumbianischen Staatspräsidenten Álvaro Uribe initiierte Entführung des FARC-Mitglieds Rodrigo Granda aus Venezuela nach Kolumbien veranlasste Venezuelas Präsident Hugo Chávez zeitweilig, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern abubrechen und seinen Botschafter aus Kolumbien abuberufen.¹ Trotz aller temporären aggressiven Rhetorik gelang es beiden Regierungen jedoch, die Beziehungen auf dem kurzfristig einberufenen Präsidentengipfel, am 15. Februar 2005, wieder zu normalisieren.

Ohne Zweifel haben ökonomische Überlegungen bei der Beilegung der Streitigkeiten eine wichtige Rolle gespielt, sind doch beide Volkswirtschaften aufs engste miteinander verbunden. Diese ökonomische Interdependenz spiegelt sich unter anderem im Warenaustausch wider, wo beide Länder für einander, nach den USA, jeweils zweitwichtigster Handelspartner sind. So gehen 14% aller venezolanischen Exporte nach Kolumbien; umgekehrt bezieht Venezuela elf % seiner Warenimporte aus Kolumbien.²

Darüber hinaus braucht insbesondere Präsident Chávez die Kooperation Kolumbiens für den Bau einer geplanten Pipeline von Maracaibo, in Venezuela, zur kolumbianischen Pazifikküste. Diese Pipeline soll es Venezuela zukünftig ermöglichen, einen Teil seines Öls nach China zu exportieren, um einerseits Chinas wachsenden Bedarf an Energie zu decken und andererseits die venezolanische außenwirtschaftliche Dependenz von den USA zu verringern.³

Dennoch gibt es weiterhin eine Reihe von Streitpunkten zwischen beiden Ländern. Die zwischen Venezuela und Kolumbien existierenden Grenzstreitigkeiten, der sich abzeichnende Rüstungswettlauf zwischen beiden Ländern als auch die Rolle Venezuelas im kolumbianischen Konflikt können das bilaterale Verhältnis der beiden Andenstaaten auch zukünftig belasten.

1. Grenzfragen

Seit mehr als hundert Jahren ist die Grenze zwischen Kolumbien und Venezuela umstritten und stellt einen ständigen Unruheherd in den bilateralen Beziehungen dar. Speziell der Golf von Venezuela (Golf von Guajira für die Kolumbianer) wurde und wird von beiden Staaten beansprucht. In den letzten Dekaden haben Entdeckungen umfangreicher Erdölvorkommen den Konflikt um dieses Gebiet noch verschärft.

Schon gegen Ende der 70er Jahre versuchte Bogotá, Förderverträge mit ausländischen Firmen abzuschließen, um im Golf von Venezuela vermutetes Öl zu fördern. Daraufhin kam es zwischen 1981 und 1986 zu mehreren bewaffneten Zusammenstößen zwischen kolumbianischen und venezolanischen Küstenbooten, die beide Seiten veranlassten, eine begrenzte Mobilisierung von Truppen entlang der gemeinsamen Grenze vorzunehmen, die jedoch nicht in einem Krieg eskalierten.

Um die Spannungen zwischen beiden Staaten abzubauen und den bilateralen Dialog zu fördern, wurde im Jahre 1990 eine gemeinsame Kommission ins Leben gerufen, der die folgenden Aufgaben übertragen wurden:

¹ El Nacional, 15.1.2005, S.A2.

² Vgl. US-Außenministerium: <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/35766.htm>

³ International Crisis Group: Colombia's Borders: The weak line in Uribe's Security Policy. September 2004, S. 22.

- die Festlegung von Gebieten, in denen Marineeinheiten und Unterseeboote operieren dürfen,
- Abgrenzung von grenzüberschreitenden Flüssen und Wasserbecken,
- Lösung von Migrationsfragen,
- Ausbau von Grenz- und Landmarkierungen.

Seit den 90er Jahren wurden auch weitere Fragen wie der bilaterale Handel und die gegenseitigen Investitionen von der Kommission behandelt. Darüber hinaus sind eine Reihe von Abkommen zwischen beiden Nationen unterzeichnet worden. Gleichzeitig hat sich der Disput über territoriale Ansprüche zwischen den beiden Staaten durch vertrauensbildende Maßnahmen, wie die Einrichtung der gemeinsamen Kommission, entschärft, obwohl das venezolanisch-kolumbianische Verhältnis durch andere Grenzprobleme weiterhin belastet wird.

So wirkt sich der innerkolumbianische Konflikt, zwischen den Guerillatruppen der FARC und ELN und den staatlichen Sicherheitsorganen, auch auf Venezuela aus. Allein 2004 sollen, nach Berichten des Hohen Kommissars für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR), 2.691 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Kolumbien in Venezuela Zuflucht gesucht haben.⁴ Die **International Crisis Group** schätzt die Zahl der Kolumbianer, die vor den militärischen Auseinandersetzungen und durch Vertreibungen bedingt nach Venezuela flohen auf 50.000 bis 75.000 Personen.⁵ Die Versorgung dieser Menschen mit Nahrung, Unterkunft und Medikamenten stellt angesichts knapper nationaler Ressourcen ein gravierendes Problem für den venezolanischen Staat dar.

Darüber hinaus bedeutet das Eindringen von Guerilleros und Paramilitärs nach Venezuela, über die 2.219 Kilometer lange gemeinsame Grenze mit Kolumbien, ein enormes Sicherheitsrisiko für dieses Land. Wiederholt sind venezolanische Grenzposten in Gefechte mit den kolumbianischen Guerilleros oder auch Paramilitärs geraten und einige getötet oder verletzt worden. Zum jüngsten Zwischenfall kam es am 17. September 2004, als nahe der Stadt Mata de Caña, im venezolanischen Bundesstaat Apure, fünf Soldaten und ein Mitarbeiter der staatlichen Erdölfirma PDVSA, von kolumbianischen Guerilleros getötet wurden.⁶ Auch sind venezolanische Bürger Opfer von Entführungen der irregulären kolumbianischen Konfliktparteien geworden.⁷ Venezuela hat seit den 90er Jahren knapp 20.000 Soldaten entlang der kolumbianischen Grenze stationiert und in den letzten Jahren wiederholt an die kolumbianische Regierung appelliert, Grenzübertritte von Guerilleros und Paramilitärs nach Venezuela zu verhindern. Kolumbien sieht sich jedoch auf Grund eines von der Regierung angeführten Mangels an Soldaten, der Länge und der Unübersichtlichkeit des Grenzgebiets mit Venezuela, wo weite Landstriche aus Dschungel bestehen, außerstande, diesem Anliegen nachzukommen.⁸

Durch die Überschreitung der Grenze durch kolumbianische oder auch venezolanische Grenzsoldaten, die sich in Verfolgung irregulärer kolumbianischer Kräfte befinden, steigt indes das Risiko einer Grenzkonfrontation zwischen Sicherheitskräften beider Nationen. Um diese Gefahr zu verringern, hat die kolumbianische Außenministerin, Carolina Barco, auch im Kontext mit den Vorkommnissen in Apure, im September 2004 vorgeschlagen, die Arbeit der binationalen Kommission zu intensivieren, um die Kooperation zwischen beiden Län-

4 Humans Rights Watch: World Report 2005: Venezuela. <http://hrw.org/english/docs/2005/01/13/venezu9843.htm>

5 International Crisis Group: Colombia and its Neighbours: The Tentacles of Instability. April 2003, S. 13.

6 International Crisis Group: Colombia's Borders: The Weak Line in Uribe's Security Policy, September 2004, S. 21.

7 Vgl.: Amnesty International: Jahresbericht 2004, Venezuela.

8 Fundación Seguridad y Democracia: Balance Militar Suramericano. Bogotá: 2004, S.1. Durch den internen Konflikt mit Paramilitärs und Guerilla sieht sich die kolumbianische Regierung gezwungen, die Masse ihrer Soldaten im Landesinneren einzusetzen.

dern in Fragen, die die Grenzsicherheit betreffen, auszubauen.⁹

Es erscheint jedoch eher als unwahrscheinlich, dass es zu einer umfassenden sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern in der Grenzsicherheit, also einer Politik, die über die sporadische Kooperation der Grenztruppen hinausgeht, kommt.

Während das Verhalten Venezuelas gegenüber den kolumbianischen Paramilitärs, die sich Grenzüberschreitungen zuschulde kommen lassen, stets von Entschlossenheit und Härte geprägt war, weisen Beobachter wie die **International Crisis Group** auf Nachsichtigkeit Venezuelas gegenüber ebensolchem Verhalten von Seiten der Guerilla hin. Die ideologische Affinität zwischen der Regierung Chávez und den FARC, die sich unter anderem durch die beiden Seiten gemeinsame Berufung auf Simón Bolívar äußert, könnte ein Motiv für die Hilfe Chávez' gegenüber der kolumbianischen Guerilla sein.¹⁰

Die bisher vorgekommenen Aktionen der kolumbianischen Guerilla in Venezuela und ihre Übergriffe auf venezolanische Bürger waren eher sporadischer Natur und lassen keine Absicht des FARC-Sekretariats, des Oberkommandos der Guerilla, erkennen, massiv in Venezuela zu operieren. Eine gezielte Konfrontationspolitik der venezolanischen Regierung mit der kolumbianischen Guerilla könnte das Sekretariat der FARC, indes dazu verleiten, als Vergeltung für die Aktionen der venezolanischen Grenzkräfte, nunmehr massive Übergriffe gegenüber venezolanischen Grenzposten anzuordnen. Neben der ideologischen Nähe zwischen Chávez und den FARC könnte also auch die Sorge vor einer Ausweitung des kolumbianischen Konflikts auf Venezuela hinaus die Regierung Chávez bewegen, das Überschreiten der Grenze durch Guerillaeinheiten weiterhin zu tolerieren.¹¹



Quelle: University of Texas, Austin

⁹ International Crisis Group: Colombia's Borders, S. 22.

¹⁰ Ebd., S. 20.

¹¹ Die Rand Stiftung geht sogar davon aus, dass es ein geheimes Nichtaggressionsabkommen zwischen Venezuela und den FARC gibt. Vgl.: Rabasa/Chalk: Colombian Labyrinth: The Synergy of Drugs and Insurgency. Rand Corporation: 2001, S. 82.

2. Hugo Chávez und Álvaro Uribe

Die Regierungen in Caracas und in Bogotá werden durch die völlig verschiedenen, doch in beiden Fällen starken Persönlichkeiten, Hugo Chávez' und Álvaro Uribe, charakterisiert. Der Kontrast zwischen beiden wird markiert durch heterogene geostrategische, politische und ideologische Interessen.

Hugo Chávez, der Sohn eines Dorfschullehrers, wurde 1954 in bescheidenen Verhältnissen geboren. Er studierte Politikwissenschaft und wurde Berufssoldat. In dieser Funktion brachte er es zum Oberstleutnant eines Fallschirmjägerregiments. Im Jahre 1992 unternahm er einen Staatsstreich gegen die Regierung von Präsident Carlos Andrés Pérez und verbrachte nach dem Scheitern des Putschs einige Zeit im Gefängnis. Seine ethnische Abstammung, er ist Mulatte, unterscheidet ihn schon äußerlich von seinen Vorgängern im Präsidentenamt und vom kolumbianischen Präsidenten Uribe. Dieser ethnische Bruch mit der alteingesessenen politischen Klasse setzt sich auch ideologisch in seiner Politik fort. Chávez ist der erste Präsident Venezuelas, der aus der nicht-weißen Bevölkerungsmehrheit Venezuelas stammt, aber nicht der erste, der sich exklusiv an die ärmere Bevölkerung mit seiner Politik wendet.

Uribe könnte gegensätzlicher nicht sein. Im Jahr 1952 geboren, kommt er aus einer der reichsten Pflanzfamilien Kolumbiens. Dem Angehörigen der weißen Oberschicht standen die akademische Karriere und das Studium im Ausland offen. Als Student der Universität von Harvard beendete er sein Studium der Verwaltungswissenschaften mit Auszeichnung. Nach seiner Wahl zum Gouverneur von Antioquia, 1995 bis 1997, sorgte er für mehr Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und für mehr öffentliche Sicherheit. So sollen die Entführungen während seiner Amtszeit um 60% zurückgegangen sein.¹² Beeinträchtigt wird das Image Uribes allerdings durch ihm von Menschenrechtsorganisationen unterstellte Verbindungen zu paramilitärischen Organisationen.¹³

Uribe wurde 2002, nach dem Scheitern des von Präsident Pastrana begonnenen Friedensprozesses gewählt, weil ihm eine Mehrheit der Kolumbianer zutraute, den jahrzehntelangen innerstaatlichen Konflikt, durch eine Politik der Härte gegenüber der Guerilla, beenden zu können.

Uribes Außen- und Wirtschaftspolitik wird von Neoliberalismus und enger Kooperation mit dem IWF, der Weltbank und den USA geprägt. So gilt das Land seit dem Amtsantritt des Vorgängers von Uribe, Andrés Pastrana (1998-2002), als engster Verbündeter der USA in der Hemisphäre. Während das FTAA-Abkommen von einigen lateinamerikanischen Regierungen mit Skepsis betrachtet wird, ist Präsident Uribe überzeugter Befürworter eines Freihandelsabkommens mit den USA und trat kürzlich sogar für eine bilaterale Freihandelszone zwischen Kolumbien und den USA ein.¹⁴

Chávez verfolgt hingegen eine linksnationalistische Politik, die außenpolitisch von heftiger Kritik und Konfrontation mit den USA, dem Projekt der FTAA, dem **Plan Colombia** und der Sicherheitspolitik der Regierung Uribe in Kolumbien geprägt wird. Innenpolitisch realisiert Chávez eine Politik, deren erklärtes Ziel eine soziale Umverteilung zu Gunsten der armen Bevölkerungsmehrheit ist. Diese Politik führt zu einer starken politischen und sozialen Polarisierung in Venezuela.

¹² Presidencia de la Republica de Colombia: <http://cne.presidencia.gov.co/presidente/index.ht>

¹³ www.gegeninformationsbuero.de/intersol/col

¹⁴ Gratius, Susanne: Sackgasse Alca? Das amerikanische Freihandelsprojekt zwischen Bilateralismus und Monroe-Doktrin. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003.

Präsident Chávez weigerte sich 2003, die FARC und den ELN auf die Liste der international gesuchten Terroristen zu setzen, wie es Präsident Uribe forderte und seit 2002 auch die USA, respektive die EU praktizieren. Er erklärte sich offiziell für neutral gegenüber dem Konflikt im Nachbarland.¹⁵ Da politische Neutralität nur gegenüber einem realen Konflikt eingehalten werden kann, verlieh das venezolanische Staatsoberhaupt der kolumbianischen Guerilla durch seine Haltung de facto den Status einer Konfliktpartei. Uribe vertritt die Ansicht, dass es sich bei den Guerilleros nicht um politisch motivierte Gruppierungen, sondern um Drogenterroristen handelt. Diese Interpretation wird von Uribes Intention geleitet, der Guerilla jegliche Legitimität zu entziehen, um eine internationale Unterstützung für den Kampf gegen FARC und ELN zu gewinnen, die sich in finanzieller oder auch militärischer Hilfe äußert. Durch die offene Weigerung Caracas', dieser Interpretation zu folgen, wird jedoch Uribes Anstrengung, Unterstützung im Kampf gegen die Rebellen zu erlangen, erschwert und sorgt somit für Konfliktstoff zwischen beiden Regierungen.

Chávez' Neutralität gegenüber dem Konflikt in Kolumbien wird von Beobachtern indes in Zweifel gezogen. Nicht nur kolumbianische politische Analytiker bezichtigen den venezolanischen Präsidenten der geheimen Unterstützung für die kolumbianische Guerilla. Dabei sei dessen politisches Kalkül, neben der bereits erwähnten ideologischen Nähe zu den FARC, auch von der strategischen Überlegung berührt, den kolumbianischen Staat durch die Unterstützung für die dortigen Rebellen, schwächen zu wollen.¹⁶ Da die kolumbianische Guerilla gegen die kolumbianischen Sicherheitskräfte militärisch agiert und einen Großteil der dortigen Polizei- und Armeekräfte bindet, ist Kolumbien, während des Krieges mit der Guerilla außenpolitisch weitgehend handlungsunfähig, und dies begünstigt Chávez' Bestrebungen, sein Land als Mittelmacht in der Andenregion zu etablieren.

Diese Mittelmachtambitionen Venezuelas stellen indes kein von Chávez inszeniertes Novum innerhalb der Außenpolitik Venezuelas dar. Bereits in den 70er Jahren hatte Venezuela mittels einer Politik, die den eigenen Ölreichtum zur Beeinflussung angrenzender Staaten benutzte, derartige Bestrebungen erkennen lassen. Venezuela lieferte Öl unter dem Weltmarktpreis an einige Länder Zentralamerikas und der Karibik und erwartete als Gegenleistung eine Tolerierung der eigenen regionalen Führungsrolle. Mit dem Fall des Ölpreises gegen Mitte der 80er Jahre fand diese Politik ein vorläufiges Ende. Die Außenpolitik Hugo Chávez' scheint an die der 70er Jahre anknüpfen zu wollen, Venezuela als regionale Ordnungsmacht zu positionieren.¹⁷

Anfang Januar 2005 kam es zu einer ersten politischen Krise zwischen beiden Nationen. Ohne die Regierung Chávez zu informieren, bestach der kolumbianische Geheimdienst im Dezember 2004 venezolanische Sicherheitskräfte, um diese zu bewegen, das Mitglied der FARC, Rodrigo Granda, aus Venezuela nach Kolumbien zu entführen und ihn an die kolumbianischen Sicherheitsbehörden auszuliefern. Als Präsident Chávez von dieser, die Souveränität Venezuelas verletzenden Aktion der Kolumbianer erfuhr, verlangte er von der kolumbianischen Regierung eine öffentliche Entschuldigung. Bogotá weigerte sich am 14. Januar, diese Entschuldigung abzugeben.¹⁸

Auch wenn dieser Konflikt nach einigen Wochen beigelegt wurde, hat Uribe mit seiner Polizeiaktion auf venezolanischem Territorium, ohne Wissen der dortigen Regierung, bestehendes Völkerrecht gebrochen und einen Präzedenzfall für eine zukünftige unilaterale Militärintervention in denjenigen Nachbarländern geschaffen, die sich weigern, in der Frage der Rebellenbekämpfung mit Kolumbien zu kooperieren. Es stellt sich die Frage, weshalb die

¹⁵ Ardila/Cardona/Tickner (Editores): *Proridades Y Desafios De La Politica Exterior Colombiana*. Bogotá: 2002, S. 211.

¹⁶ Garrido, Alberto: *Notas Sobre la Revolución Bolivariana*. Caracas: 2003, S.59/60.

¹⁷ Diehl, Oliver/Muno, Wolfgang (Hrsg.): *Venezuela unter Chávez – Aufbruch oder Niedergang?* Frankfurt am Main: 2005, S. 90-96.

¹⁸ *El Nacional*, 15.1.2005.

kolumbianischen Behörden kein offizielles Auslieferungsgesuch an die venezolanische Regierung stellten und statt dessen zu dieser geheimen Kommandoaktion griffen, wohlwissend, dass die Verletzung der venezolanischen Souveränität zu diplomatischen Verwicklungen mit Venezuela führt.¹⁹

Die Regierung Chávez sollte ihrerseits erklären, wie das FARC-Mitglied Granda, ein kolumbianischer Staatsbürger, sich von den venezolanischen Behörden unbehelligt in Venezuela aufhalten konnte, obwohl in Kolumbien ein Haftbefehl gegen ihn vorlag. Die Präsenz des Rebellen Granda in Venezuela und dessen Tolerierung durch die venezolanischen Behörden verhärteten den Verdacht der insgeheimen politischen Hilfestellung Venezuelas für die kolumbianischen Rebellenorganisationen. Durch diese Einmischung Venezuelas in den kolumbianischen Konflikt verletzt Caracas seinerseits die kolumbianische nationale Souveränität und provoziert darüber hinaus eine politische Konfrontation mit Kolumbien.

3. Waffengeschäfte

Die jüngsten umfangreichen Waffenkäufe Venezuelas in Russland, Brasilien und Spanien waren Anlass zu heftigen Spekulationen in der internationalen Presse über die Gründe, die das Land veranlassen könnten, diese Aufrüstung zu vollziehen.

Nach Ansicht der kolumbianischen Wochenzeitung **Semana** könnte einer der Gründe für die Aufrüstung Venezuelas, das Gefühl der Bedrohung durch die USA sein. Deren Präsident Bush hatte anlässlich seiner zweiten Amtszeit verkündigt, Tyranneien in der Welt entschieden bekämpfen zu wollen. Da die US-Regierung in den letzten drei Jahren gegen Präsident Chávez mehrmals Anschuldigungen erhoben hatte, die Demokratie in Venezuela beseitigen zu wollen, könnte folglich die Furcht vor einer militärischen Aggression durch die USA in Venezuela gewachsen sein und das Land bewogen haben, die eigenen Streitkräfte aufzurüsten. Die Invasion des Irak durch die Vereinigten Staaten hat diese Besorgnis in Venezuela ohne Zweifel verstärkt.

Angesichts der absoluten militärischen Überlegenheit der USA über Venezuela wirkt ein solches Szenario aber eher absurd. Eine militärische Konfrontation des Entwicklungslandes Venezuela mit den USA würde militärischen und politischen Suizid für die Regierung Chávez implizieren und kann deshalb nicht ernsthaft von dem venezolanischen Präsidenten erwogen werden.

Realistischer wirkt daher eine andere Erklärung. Durch die kolumbianischen Rüstungsanstrengungen und die Unterstützung aus den USA, im Zuge des **Plan Colombia**, hat sich das militärische Gleichgewicht zwischen Kolumbien und Venezuela seit 1999 eindeutig zu Gunsten Kolumbiens verschoben. Im Jahre 2004 investierte Venezuela 1,1 Milliarden Dollar in sein Militär, während Kolumbien mit knapp 3,5 Milliarden Dollar mehr als dreimal so viel Geld ausgab.²⁰

¹⁹ Ebd.

²⁰ Um die Guerilla und die Paramilitärs in Kolumbien besiegen zu können, hat Uribe den Militärhaushalt und die Zahl der eigenen Soldaten, seit seinem Amtsantritt 2002, kontinuierlich erhöht. So stieg der Verteidigungsetat von 2002 bis 2004 von 2,5 Milliarden auf umgerechnet circa 3,5 Milliarden US-Dollar an. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Staatshaushalt stieg somit in drei Jahren von 4,3 % auf knapp 6 %. Die militärische Stärke Kolumbiens wurde weiter durch den Plan Colombia und die sehr umfangreiche Rüstungshilfe aus den USA, die zusammen mit dem den Plan Colombia ergänzende ARI (Andean Regional Initiative) seit 2002 auf etwa zwei Milliarden Dollar beziffert werden muss, erhöht. Durch die Unterstützung aus den USA stieg Kolumbien seit dem Jahr 1999 zum drittgrößten Empfänger von US-Militärhilfe in der Welt auf. Vgl.: The World Fact book of the CIA. (<http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/co.html>).

Die Aufrüstung im Nachbarland und die sich aus ihr ergebende militärische Unterlegenheit könnte das Gefühl der Bedrohung in Venezuela erhöht haben, denn den 200.000 kolumbianischen Soldaten stehen gerade einmal 82.300 venezolanische gegenüber. Auch an Kampf- und Transporthubschraubern ist Venezuela klar unterlegen.²¹ So besaß Kolumbien 2004 100 Militärhubschrauber, während Venezuela nur über 38 verfügte. Nur in der Zahl der Kampf- und Transportflugzeuge war Venezuela überlegen. Hier standen 125 venezolanische 57 kolumbianischen gegenüber.²²

Durch die jüngsten Waffenkäufe Venezuelas in Spanien, Brasilien und vor allem in Russland relativiert sich die bestehende militärische Überlegenheit Kolumbiens gegenüber Venezuela. Venezuela erwirbt 40 moderne russische Kampfflugzeuge vom Typ Mig-29. Zusammen mit den von Chávez erworbenen brasilianischen Kampfflugzeugen des Modells Tucano baut Venezuela seine Luftüberlegenheit gegenüber Kolumbien aus. Die 33 erworbenen Kampf- und Transporthubschrauber aus Russland der Typen MI-175B, MI35M und MI 26T erhöhen die Zahl der Militärhubschrauber Venezuelas auf 71, die nun den kolumbianischen 100 gegenüber stehen.²³ Es kann festgestellt werden, dass die venezolanischen Waffenkäufe die militärische Überlegenheit Kolumbiens gegenüber Venezuela am Boden und in der Zahl der Hubschrauber verringern, sie diese Überlegenheit des Nachbarlandes aber nicht umkehren können.

In Hinsicht auf die venezolanischen Waffenerwerbungen werden weitere Gesichtspunkte signifikant. Bogotá und Washington äußerten Befürchtungen, dass ein Teil der neu erworbenen Waffen Venezuelas in die Hände der kolumbianischen Guerilla gelangen könnte.²⁴ Diese Anschuldigung der beiden Regierungen gegenüber Venezuela stützt sich auf angebliche Kontakte zwischen venezolanischen Offizieren und kolumbianischen Guerilleros. Im Jahr 2001 soll es in Arauca, Kolumbien, zu einem Treffen zwischen venezolanischen Offizieren und kolumbianischen Guerilleros gekommen sein, bei dem es um Waffenlieferungen Venezuelas an die Guerilla in Kolumbien gegangen sei.²⁵

Wenn auch eine bewaffnete Konfrontation zwischen beiden Ländern nach wie vor unwahrscheinlich erscheint, weist die Diskussion über ein solches Szenario in angesehenen Zeitungen wie **Semana** in Kolumbien und **El Universal** in Venezuela doch darauf hin, dass eine zukünftige bewaffnete Konfrontation zwischen Venezuela und Kolumbien von Experten in beiden Ländern als nicht mehr ausgeschlossen erachtet wird.²⁶

4. Venezuela, Kolumbien und die USA

Die gravierende Verschlechterung in den venezolanisch-amerikanischen Beziehungen, seit der Regierungsübernahme Chávez', steht im völligen Gegensatz zu den guten Beziehungen zwischen Kolumbien und den USA. Chávez' Politik gegenüber den USA wird geprägt von ökonomischem Pragmatismus und populistisch motivierter anti-amerikanischer Rhetorik und Konfrontation.

Im Bewusstsein der außenwirtschaftlichen Dependenz seines Landes vom US-

21 Ardila/Cardona/Tickner (Editores): *Prioridades Y Desafios*, S. 331.

22 The International Institute for Strategic Studies: *The Military Balance 2003-2004*.

23 *Semana*, 10.2.05.

24 *El Universal*, 16.1.2005.

25 International Crisis Group, April 2003, S. 13.

26 *Semana*, 10.2.05; *El Universal*, 16.1.05.

Energiemarkt, es gehen circa 46% der venezolanischen Ölproduktion in die USA, versichern Chávez und seine Minister den USA regelmäßig ihre Liefertreue in punkto Erdöl.²⁷ Da das nationale Sicherheitsdenken in den USA auch vom freien und ungehinderten Zugang zu den venezolanischen Ölvorkommen beeinflusst wird, da Washington immerhin zwischen 11 und 15% seines importierten Öls aus Venezuela bezieht, vermeidet es Chávez tunlichst, diese vitalen Sicherheitsbedürfnisse der USA zu tangieren, um wirtschaftlich zu überstehen.²⁸

Die enge politische Kooperation mit Kuba, die offene Opposition gegenüber der FTAA und die von Chávez angestrebte lateinamerikanische Integration, in scharfer Abgrenzung zu den USA, provozieren letztere und deren Interessen. Um Chávez aus seinem Amt zu verdrängen, unterstützte die Bush-Administration die Übergangsregierung von Pedro Carmona im April 2002, während des Staatsstreichs. Anlässlich des Referendums über die Absetzung Chávez', im August 2004, unterstützte die Bush-Regierung offen die Opposition.

Die jüngsten Waffengeschäfte Venezuelas mit Russland, Spanien und Brasilien stießen in Kolumbien und vor allem in den USA auf heftige Kritik.²⁹ Washingtons öffentlich geäußerte Verlautbarungen über eine befürchtete Waffenweitergabe Venezuelas an die kolumbianischen FARC haben indes das bilaterale Verhältnis zusätzlich belastet, da sie das venezolanische Staatsoberhaupt international kompromittierten.

Als die Interessen der Regierungen Kolumbiens und Venezuelas im Fall Rodrigo Granda so heftig miteinander kollidierten, positionierte sich Washington einseitig auf der Seite Kolumbiens und vermied es damit zu einer Deeskalation des venezolanisch-kolumbianischen Disputs beizutragen.

Durch die Begünstigung der Position Bogotás durch Washington entsteht indes der Eindruck, dass die USA im Interesse der Destabilisierung der Regierung Chávez bereit sind, den Konflikt zwischen Venezuela und Kolumbien zu instrumentalisieren. Dies berührt das venezolanisch-amerikanische Verhältnis und reduziert zunächst den politischen Einfluss der USA in Venezuela.

Kolumbiens Regierung demonstrierte indes durch die Suche nach einer Einigung, auf dem Präsidentengipfel in Caracas, am 15.2. 2005, dass die Interessen Washingtons und Bogotás in der Frage der Beziehungen zu Venezuela asymmetrisch sind. Bogotá kann angesichts seiner Nachbarschaft und der engen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Nachbarland kein Interesse an einer weiteren Verschlechterung seiner Beziehungen zu Venezuela haben. Die Bereitschaft Präsident Uribes am 15.2.2005 nach Caracas zu kommen und zu versuchen, die Spannungen mit Caracas auszuräumen, belegen die von den USA abweichenden Interessen Kolumbiens in der Frage des Verhältnisses zu Venezuela.

5. Fazit

Für Konfliktstoff, nicht nur in den venezolanisch-kolumbianischen Beziehungen, sorgen vor allem die politische Positionierung Venezuelas im kolumbianischen Konflikt als auch die sich vollziehende Aufrüstung in den beiden Staaten, die Länder wie Peru und Ecuador ihrerseits veranlassen könnte aufzurüsten und die ganze Andenregion in einen Rüstungswettlauf stürzen könnte.

Chávez' Politik der Neutralität gegenüber dem kolumbianischen Konflikt ist rational, so

²⁷ Council on Hemispheric Affairs (COHA), 17.1.2005.

²⁸ Energy Information Agency: <http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/venez.html>

²⁹ Agencia Estado news agency, Sao Paulo: 29. März 2005.

lange sie tatsächliche Neutralität beinhaltet und Venezuela aus dem Konflikt im Nachbarland heraushält.

Die Guerilla begünstigende Aktionen durch die venezolanische Regierung verstärkten jedoch in den letzten Jahren den Verdacht, dass Caracas den kolumbianischen Bürgerkrieg und die mit ihm verbundene außenpolitische Schwächung des Nachbarlandes nutzen will, um eigene geostrategische Interessen zu realisieren. Sollte Chávez diese Haltung beibehalten, wird sie zu einer direkten Konfrontation mit Kolumbien führen, die auch die USA in den bilateralen Konflikt zwischen Kolumbien und Venezuela involvieren könnte. Die EU und hier besonders Spanien, das besonders enge Beziehungen zu Venezuela unterhält, sind deshalb aufgerufen, auf die venezolanische Regierung einzuwirken, um sie dazu zu bewegen, die Unterstützung für die kolumbianische Guerilla einzustellen.

Kolumbien muss seinerseits mehr Soldaten für die Grenzüberwachung abstellen, um die Grenzüberschreitung irregulärer kolumbianischer Gruppen nach Venezuela zukünftig zu unterbinden. Auch sollte es sich nicht durch die USA bewegen lassen, den Konflikt mit Venezuela zu suchen.

Venezuela und Kolumbien sollten im Interesse des Friedens und einer Entspannung in den bilateralen Beziehungen so schnell wie möglich Gespräche über eine Rüstungsbegrenzung beginnen, um eine sich abzeichnende Rüstungsspirale in der Region schon im Ansatz zu ersticken.

Die USA sollten ihr Verhalten gegenüber Venezuela korrigieren. Die Ende März von der US-Außenministerin Condoleezza Rice gemachten besänftigenden Äußerungen über „starke Bindungen und starke Beziehungen“ zwischen den Vereinigten Staaten und Venezuela könnten ein erstes Anzeichen für den Versuch der USA sein, die Politik der Konfrontation aufzugeben und stattdessen den Dialog mit Präsident Chávez zu suchen.